

# Afghanistan: Zurück zum Abgrund

Das Jahr 2015 ist das blutigste Jahr in Afghanistan seit Beginn des US-geführten Krieges. 14 Jahre Krieg haben weder das Land selbst noch den Westen sicherer gemacht. Al-Kaida konnte zwar entscheidend geschwächt werden. Dieser Erfolg könnte sich jedoch als Pyrrhussieg herausstellen, gewinnt doch der «Islamische Staat» auch am Hindukusch an Einfluss.

Von Prem Mahadevan

Ein terroristischer Angriff in der Grössenordnung eines 11. September, initiiert von afghanischem Boden aus, ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Dies darf jedoch kein Anlass zur Gleichgültigkeit sein. Während die USA versuchen zu verschleiern, dass sie die Taliban nicht besiegen konnten, droht Afghanistan unaufhaltsam in ein ähnliches Chaos zu stürzen wie nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen 1989, als das Land im Bürgerkrieg versank. Auch wenn das Interesse der westlichen Öffentlichkeit am Thema Afghanistan nachgelassen hat: Der Zustand des Landes wird auch in Zukunft Auswirkungen auf die Sicherheit des Westens haben.

Vor diesem Hintergrund sind aktuelle Machtkämpfe innerhalb der Führungsriege der Taliban von Bedeutung. Im Juli 2015 wurde bekannt, dass der oberste Talibanführer, Mullah Omar, vor mehr als zwei Jahren in Pakistan ums Leben kam. Grotesk, dass eben jener verstorbene Mullah Omar seinen Anhängern wenige Tage vor der Bekanntgabe seines Todes eine Botschaft zukommen liess. In der offenkundig manipulierten Ansprache zeigte sich «Omar» zu Verhandlungen mit der afghanischen Regierung bereit – eine Option, die der echte Omar zeit seines Lebens abgelehnt hatte.

Der Tod des Talibanführers ist jedoch weniger aufsehenerregend als der Zeitraum, während dem er von der Führungsriege der

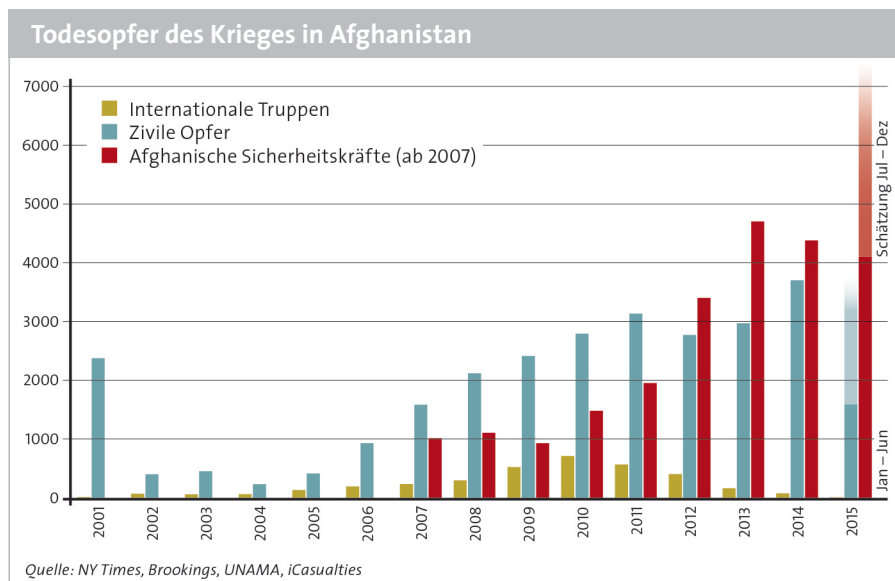


Afghanistan erlebt 2015 ein Erstarren der Dschihadisten und einen massiven Gewaltanstieg. Ein Jahr vor dem Abzug der letzten US-Truppen sind die Zukunftsaussichten des Landes düster. A. Masood / Reuters

Taliban geheim gehalten werden konnte. Bald kam der Verdacht auf, dass der Stellvertreter Mullah Omars, Akhtar Mansour, für seinen Tod verantwortlich sei. Mansour, eine wichtige Figur im afghanischen Drogenhandel und ein Schützling des pakistanischen Geheimdienstes mit engen Verbindungen zum Kaida-nahen Haqqani-Netzwerk, war bis wenige Tage vor dem Bekanntwerden von Omars Tod als Verhandlungsführer der Taliban in Gesprächen mit der Regierung in Kabul aufgetre-

ten. Dass er sich bei den Verhandlungen auf die Anweisungen eines Toten berufen hatte, liess Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit aufkommen. Dass er sich anschliessend in kürzester Zeit zum obersten Führer ausrufen liess, brachte ihm zusätzlichen Gegenwind aus den eigenen Reihen ein.

Vieles deutet momentan darauf hin, dass der Konflikt in Afghanistan eine neue Intensität erreicht hat. Die Statistik spricht bereits Bände. Die afghanischen Sicher-



heitskräfte verzeichnen pro Woche bis zu 300 Verwundete und Tote. Diese Verluste sind aufgrund der ohnehin angespannten Personalsituation auf Dauer nicht tragbar. Zwischen Januar und Juli 2015 kamen zudem im Durchschnitt neun Zivilisten pro Tag ums Leben. Die Mehrheit der Zivilisten stirbt heute bei Bodenoperationen und nicht mehr durch Bombenangriffe, was auf ein stärker auf territoriale Gewinne zielendes Vorgehen der Taliban schliessen lässt. Ihre diesjährige Frühjahrsoffensive lancierten die Taliban von den nördlichen Gebieten Afghanistans aus, was auf eine geografische Ausweitung ihres Operationsgebiets hindeutet. In den vergangenen Jahren waren die Frühjahrsoffensiven stets vom Süden ausgegangen.

Die Ernennung von Sirajuddin Haqqani, dem Anführer des Haqqani-Netzwerks, zum Stellvertreter Mansours und obersten Militärstrategen der Taliban lässt vermuten, dass al-Kaida bald wieder über eine Basis in Afghanistan verfügen wird. Westliche Geheimdienste glauben, das Haqqani-Netzwerk sei operativ stärker mit globalen dschihadistischen Gruppen vernetzt als die mehrheitlich in Stämmen organisierten Taliban mit ihrer örtlich fokussierten Weltanschauung. Dem Vernehmen nach ist Haqqani ein Mitglied des Exekutivrats von al-Kaida. Die USA haben auf ihn ein ebenso hohes Kopfgeld wie ehemals auf Mullah Omar ausgesetzt: zehn Millionen US-Dollar. Vor diesem Hintergrund scheint die Hoffnung unberechtigt, die Taliban könnten unter Führung von Mansour als gemässigte politische Kraft in Afgha-

nistan auftreten, sollte es zu Gesprächen mit Kabul kommen.

Vorerst ist zudem mit einer Fragmentierung der Taliban zu rechnen, von der nicht nur al-Kaida, sondern auch rivalisierende dschihadistische Gruppen wie der «Islamische Staat» (IS) profitieren könnten. Bereits jetzt sind zahlreiche Talibankämpfer zum IS übergelaufen. Einer der Gründe dafür ist, dass sie Mansour beschuldigen, in den Verhandlungen mit Kabul vor allem politische Posten für Mitglieder seines Ishaqzai-Stamm herauszuschlagen. Ihm wurde vorgeworfen, die Interessen anderer Talibanführer zu übergehen. Angesichts seines ausgeprägten Machtstrebens als neuer Anführer der Taliban sah sich Mansour danach gezwungen, die Intensivierung des Dschihad in Afghanistan zu verkünden.

### Vergessener, aber eskalierender Krieg

Der Einsatz der Internationalen Schutztruppe (ISAF) endete zwar im Dezember 2014, 9800 US-Soldaten sind jedoch nach wie vor in Afghanistan stationiert. Sie übernehmen vorrangig Wach- und Grenzsicherungsaufgaben sowie Ausbildungsmissionen und Sondereinsätze. Diese Truppen sollen bis Ende 2016 abgezogen werden. Mit der Wahl des neuen Präsidenten Aschraf Ghani, der Gesprächsbereitschaft mit den Taliban signalisierte, wuchs die Hoffnung auf Friedensverhandlungen. Folgende vier Faktoren machen die Hoffnung auf Frieden jedoch zunichte. Der erste Grund ist politischer Natur: Ghani verfügt über unzureichende Legitimität. Sein Amt durfte er nur deshalb antreten, weil

sein Widersacher, Abdullah Abdullah, nach einem strittigen Wahlergebnis auf das Amt des Präsidenten verzichtete. Abdullah begnügte sich mit dem weniger bedeutenden Amt des *Chief Executive Officer*. Beide Politiker vertreten unterschiedliche Standpunkte zum Umgang mit den Taliban. Für Abdullah verkörpern die Aufständischen eine mittelalterliche Ideologie, die seiner entwicklungspolitischen Vision entgegensteht. Ghani wiederum glaubt, man müsse zur Verhinderung weiterer Gewalt die Taliban in den politischen Mainstream integrieren und ihre wachsenden militärischen Fähigkeiten berücksichtigen.

Zweiter Grund ist der Wirtschaftsfaktor: Schätzungen zufolge wird in Afghanistan im kommenden Jahrzehnt pro Jahr bis zu sieben Mrd. US-Dollar benötigen, um die Kosten für Beamtgehälter, Infrastruktur und innere Sicherheit abzudecken. Afghanistan bestreitet nur 29 Prozent des Staatshaushaltes aus eigener Tasche, der Rest fließt über ausländische Finanzhilfen ins Budget. Erstmals seit 2003 stagniert die Wirtschaft und die Währung verliert an Wert, weshalb die Regierung auch künftig auf ausländische Hilfe angewiesen sein wird. Die Taliban kennen diese Schwachstelle nur zu gut und sind deshalb nicht zu Kompromissen bereit. Aus ihrer Perspektive wiederholt sich die Geschichte nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1989 – ein schwaches Regime versucht, mit der finanziellen Unterstützung ausländischer Geldgeber die Rebellen so lange unter Kontrolle zu halten, bis das Geld ausgeht. Aus Sicht der Taliban verliert der Westen zunehmend das Interesse am Konzept des *Nation Building* und an der Finanzierung dieses Unterfangens. Vor diesem Hintergrund wähen sie den Sieg zum Greifen nahe und betrachten Friedensverhandlungen lediglich als Auftakt zu ihrem erneuten Einzug in Kabul.

Der dritte Faktor betrifft das Militär: In bis zu einem Drittel des afghanischen Hoheitsgebiets droht die Gewalt zu eskalieren. Für eine Machtergreifung reicht dies noch nicht aus. Aber die afghanischen Streitkräfte sind in den Bereichen Luftunterstützung und Nachrichtengewinnung derart auf die Hilfe des Westens angewiesen, dass ihre eigene Einsatzfähigkeit beeinträchtigt ist. Die Luftwaffe verfügt über zu wenige Erdkampfflugzeuge und auch über zu wenige vertrauenswürdige Piloten für eine wirkungsvolle Aufstandsbe kämpfung. Die Machtübernahme der Taliban in den Jahren 1994–96 beruhte vorrangig darauf, bei entscheidenden Gefechten Überläufer

aus den afghanischen Streitkräften zu gewinnen und das militärische Gerät zu übernehmen. Um ähnliche Szenarien zu vermeiden, hat Kabul verstärkte Sicherheitskontrollen für das Personal angeordnet. Während der Frühjahrsoffensive 2015 verfügten die Taliban jedoch erneut zahlreiche Waffen aus den Beständen der Regierung. Es muss in den afghanischen Sicherheitskräften demnach immer noch viele Taliban-Unterstützer geben.

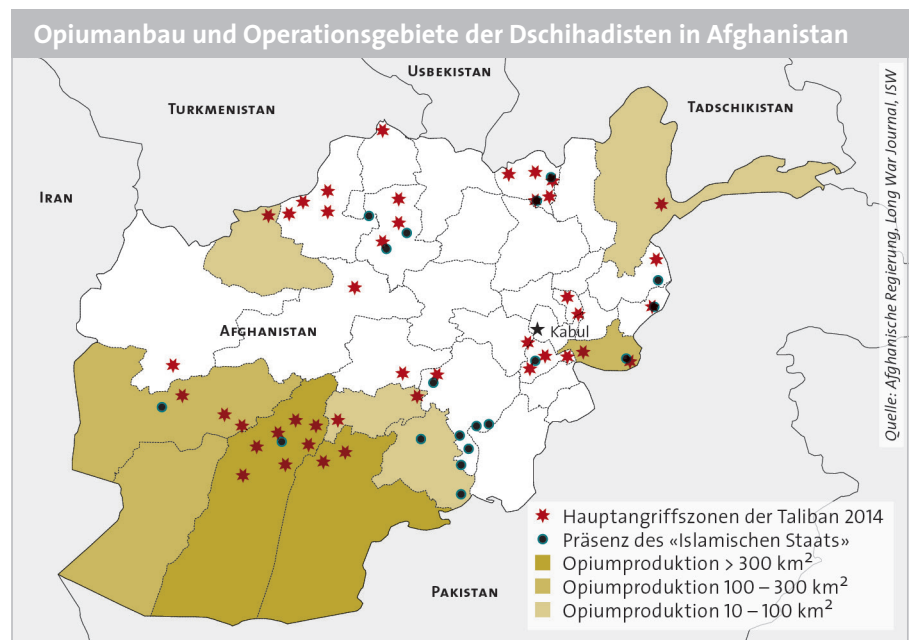
Der vierte, geostrategische Aspekt betrifft den unterschweligen Konflikt zwischen Afghanistan und Pakistan. Die USA, China und Russland erwarten von Pakistan die Vermittlung einer Friedensvereinbarung zwischen der afghanischen Regierung und der Führungsriege der Taliban. Islamabad fördert jedoch ausschliesslich Gespräche zwischen Kabul und der von Pakistan bevorzugten Taliban-Fraktion um Mansour. Der pakistanische Geheimdienst hat ohne viel Aufhebens all jene Taliban-Gruppen ausgeschaltet, die auf ihrer politischen Unabhängigkeit bestehen und Anweisungen aus Islamabad nicht akzeptieren. Hier bestehen auffällige Parallelen zum Afghanistankrieg der Sowjetunion. Damals bestand Pakistan darauf, als alleiniger Vermittler zwischen dem Westen und den afghanischen Mudschahedin aufzutreten. Islamabad nutzte seine Sonderstellung, um eigene Favoriten, in der Regel radikale Islamisten, zu fördern und die gemässigten Gruppen zu verdrängen.

### Machtkampf unter Dschihadisten

Unabhängig vom weiteren Verlauf stellt der Krieg in Afghanistan bereits heute eine wachsende Bedrohung für den Westen dar. Falls sich die Mansour-Fraktion mit personeller und operativer Unterstützung des Haqqani-Netzwerks gegenüber den abtrünnigen Taliban-Gruppen durchsetzen kann, kommt dies al-Kaida zugute. Westliche Experten befürchten, dass al-Kaida als

## Die Marke IS hat in Afghanistan trotz der soziokulturellen und sprachlichen Hindernisse an Bedeutung gewonnen.

Rache für die Verluste in Afghanistan, Pakistan und im Jemen nun spektakuläre Terrorangriffe im Westen plant. In Syrien und im Irak hat al-Kaida bereits einen Grossteil seiner Anhänger an den IS verloren, nun muss die Kaida ihre Glaubwürdigkeit wiederherstellen, möchte sie in der dschihadistischen Welt weiterhin eine Rolle spie-



len. Beim IS hat sich gezeigt, dass die Mehrzahl der neuen Anhänger dem IS aufgrund seiner operativen Erfolge beiträgt – daran wird sich al-Kaida zwangsläufig messen müssen. Für al-Kaida wird nun vor allem darum gehen, die «sicheren Häfen» in den vom Haqqani-Netzwerk kontrollierten Gebieten territorial zu erweitern, um hier Anschläge planen und logistisch vorbereiten zu können. Viele der in der Vergangenheit von al-Kaida verübten Anschläge gegen den Westen gingen von Gebieten des Haqqani-Netzwerks aus. Die USA verstärkten daraufhin ihre Drohnenangriffe in diesen Gebieten.

Gelingt es den Taliban um Mansour jedoch nicht, die Kontrolle über die Aufstandsbewegung in Afghanistan zu gewinnen, könnte es zu einer weiteren Fragmentierung der dschihadistischen Gruppen kommen. Zahlreiche ehemalige Taliban, die aus disziplinarischen Gründen ausgeschlossen wurden, kämpfen bereits heute für den IS. Auch Enttäuschung über den luxuriösen Lebenswandel der Taliban-Führungsriege ist ein Übertrittsgrund. Die Gewinne aus dem afghanischen Drogenhandel werden mutmasslich nicht für die Bewegung verwendet, sondern von der obersten Spitze einbehalten. Verlässliche Quellen behaupten, dass 70 bis 80 Prozent der Gewinne direkt an die Führungsspitze gehen, wohingegen die einfachen Talibankämpfer

den verbleibenden Anteil untereinander aufteilen müssen. Die ungerechte Verteilung sorgt bei den örtlichen Befehlshabern, die mit ihren Truppen das Hauptrisiko tragen, für reichlich Unmut.

Anders als in den 1990er-Jahren, als religiöse Taliban-Führer Bescheidenheit vorlebten, stellen heute viele der Anführer ihren Reichtum durch teure Autos und palastartige Wohnhäuser in den pakistanischen Städten Peschawar und Karatschi zur Schau. Die jüngere Generation von Befehlshabern sieht darin einen triftigen Grund, um zum IS überzulaufen. Die Anziehungskraft des IS beruht aber auch auf dem Geltungsbedürfnis junger Soldaten: Der Anführer der Taliban gilt nach islamischer Auffassung als «Emir» einer Region, theoretisch einer von vielen Emiren weltweit, die alle einem höheren «Kalifen» unterstehen. Talibankämpfer, die sich nun zu Kämpfern für ein weltweites Kalifat erklären, erhöhen damit ihren Status und sind nicht länger einfache Fusssoldaten eines afghanischen Emirats. Insofern hat die Marke IS in Afghanistan trotz der soziokulturellen und sprachlichen Hindernisse an Bedeutung gewonnen.

Um ihrer neuen Identität Ausdruck zu verleihen, gehen die abtrünnigen Talibankämpfer mit der für den IS charakteristischen Brutalität vor, indem sie ihre ehemaligen Kameraden enthaupten oder Mohnfelder abbrennen, um die Gesellschaft zu «säubern». Ihnen haben sich mi-

litante Usbeken angeschlossen, die aus Pakistan fliehen mussten. Auch Gulbuddin Hekmatyar, ein afghanischer Islamist und langjähriger Gegner der Taliban, hat Berichten zufolge seine Zugehörigkeit zum IS verkündet. Ausserhalb Südasiens gibt es nur wenige ausländische Kämpfer, die nach Afghanistan reisen, um sich dem IS anzuschliessen.

### Das Geld des IS in Afghanistan

Vereinzelt Berichten zufolge schwimmt die IS-Führungsriege in Afghanistan im Geld. Experten sind sich zwar einig, dass es nur wenige direkte Verbindungen zwischen dem Ableger des IS in Afghanistan und der Führungsspitze in Syrien und im Irak gibt. Dennoch ist denkbar, dass die neuen Kader Startkapital erhalten haben. Es gibt Fälle, in denen nachweislich Fähigkeiten zwischen den Kriegsschauplätzen im Irak und in Afghanistan ausgetauscht wurden:

## Die Lockerung der Sanktionen gegen den afghanischen Nachbar Iran könnte indes Kabul unverhoffte Chancen beschern.

2005 schulten irakische Dschihadisten Taliban-Kämpfer in der Herstellung improvisierter Sprengvorrichtungen und dem effektiven Einsatz von Selbstmordattentätern. Im Folgejahr stieg die Zahl der Todesopfer durch Terroranschläge drastisch an, Tendenz anhaltend. Das Bestehen geheimer Kontakte, über die Geldströme und Fachwissen zum IS-Ableger nach Afghanistan gelangt sind, scheint somit möglich, wenngleich die Bewegung in Afghanistan weitgehend autonom von Irak agiert.

Denkbar ist auch, dass der IS Teile des Drogenhandels in Afghanistan übernommen hat und zugleich die Taliban-Konkurrenz zerstören will. Aus verlässlichen Quellen ist zu hören, dass der Opiumanbau in Afghanistan massiv floriert. In der vom IS und den Taliban gleichermassen umkämpften Provinz Helmand werden fast 50 Prozent des afghanischen Opiums angebaut. In der östlichen Provinz Nangarhar schaffte es der IS, den Taliban sechs von insge-

samt 22 Bezirken abzurufen. Hier versuchte der IS, die gesamte Drogenwirtschaft stillzulegen, vermutlich aus Sorge, die Erträge nicht selbst ernten zu können und sie den Taliban überlassen zu müssen. Nangarhar befindet sich in unmittelbarer Nähe zu den Taliban-Hochburgen in Pakistan. Es spricht auch einiges dafür, dass der Widerstand gegen Mansour innerhalb der Taliban daher stammt, dass er den Grossteil der Gewinne aus dem Drogengeschäft für sich selbst behielt und die nun revoltierenden Führungsriege leer ausgehen liess.

### Wie weiter?

Zwischen dem 7. und 10. August 2015 starben mindestens 80 Menschen bei einer Serie von Terroranschlägen in Kabul. Die Taliban übernahmen die Verantwortung für die Anschläge auf Regierungseinrichtungen, nicht jedoch für die Anschläge auf Zivilisten. Die afghanische Regierung verliert zunehmend die Geduld. Präsident Ghani hat Pakistan unverblümt beschuldigt, seine wohlgemeinten Annäherungsversuche mit Füßen zu treten und einen, mit seinen Worten, «unerklärten Krieg» gegen Afghanistan zu führen, in dem die

Taliban als Stellvertreter fungieren. Islamabad hingegen beteuert, in jeder Hinsicht einen afghanisch geprägten Friedensprozess voranzutreiben. Angesichts der Abhängigkeit der Taliban-Führungsspitze von Pakistan bleibt jedoch fraglich, ob die kürzlich verübte Anschlagsserie wirklich das Werk einiger «schwarzer Schafe» war, möglicherweise sogar des IS, oder ob es sich vielmehr um eine Verhandlungstaktik handelt, um die afghanische Regierung vor der Aufnahme weiterer Gespräche erneut zu schwächen. In beiden Fällen hängt letztlich viel davon ab, ob es Mansour gelingt, seine Autorität zu behaupten.

In unmittelbarer Zukunft ist ein gross angelegter al-Kaida-Anschlag im Westen unwahrscheinlich. Dies aufgrund der Präsenz von US-Soldaten in Afghanistan und der damit zusammenhängenden Fähigkeit zur gezielten Tötung von Dschihadistenführern durch Drohnenangriffe. Die Zahl der in Afghanistan geplanten Terroranschläge

wird jedoch ziemlich sicher steigen, gerade mit Blick auf den endgültigen Abzug der US-Truppen Ende 2016. In der Zwischenzeit versucht die afghanische Regierung die Aufstandsbewegung aufzuhalten indem sie Teile der Stammesmilizen als lokale Bürgerwehren anwirbt. Hieraus könnte eine «Warlord-Ökonomie», vergleichbar mit jener der Jahre 1992–94, entstehen. Kurz danach erschienen die Taliban erstmals auf der politischen Bühne Afghanistans.

Die Lockerung der Sanktionen gegen den afghanischen Nachbar Iran im Zuge der kürzlich erzielten Atomvereinbarung könnte indes Kabul unverhoffte Chancen beschern. Mit internationaler Unterstützung soll der iranische Hafen Chabahar ausgebaut werden. Dies könnte langfristig die wirtschaftliche Abhängigkeit Afghanistans von Pakistan erheblich verringern und damit indirekt Pakistans Verhandlungsposition schwächen. Die Taliban versuchen seit mehr als zehn Jahren einer solchen

Entwicklung vorzubeugen indem sie gezielt Strassenbauarbeiten sabotieren, die Afghanistan besser an den Iran anbinden würden. Entscheidend werden die nächsten 18 Monate sein: Wenn sich die Wirtschaft und die Streitkräfte Afghanistan als belastbar erweisen und einer Verschärfung der Gewalt standhalten, dann muss der endgültige Abzug der westlichen Truppen nicht zwangsläufig in einem erneuten Bürgerkrieg münden. Diese Frage ist besonders relevant für die Sicherheit des Westens, da die beiden Alternativszenarien – eine Regierungsbeteiligung der Taliban-Haqqani-Gruppierung, oder eine Fragmentierung der Taliban zugunsten des IS – unweigerlich dazu führen werden, dass Afghanistan erneut zu einem Rückzugsort für Terroristen wird.

**Dr. Prem Mahadevan** ist Senior Researcher am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich im Think-Tank-Team «Global Security». Sein Forschungsschwerpunkt ist der Dschihad-Terrorismus im Indo-Pazifischen Raum.

Die **CSS Analysen** zur Sicherheitspolitik werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik.

Herausgeber: Christian Nünlist und Matthias Bieri  
Übersetzung: Imke Trainer; Lektorat: Livio Pignoni  
Layout und Infografiken: Miriam Dahinden  
ISSN: 2296-0236

Feedback und Kommentare: [analysen@sipo.gess.ethz.ch](mailto:analysen@sipo.gess.ethz.ch)  
Bezug und Abonnement: [www.css.ethz.ch/cssanalysen](http://www.css.ethz.ch/cssanalysen)

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

**Europäische Sicherheit nach der Zäsur von 2014** Nr. 177  
**Sektorale Sanktionen: Langer Arm der Zwangsdiplomatie** Nr. 176  
**Krieg im Jemen: Revolution und saudische Intervention** Nr. 175  
**Die «Speerspitze» der Nato** Nr. 174  
**Internationale Katastrophen-Politik nach Sendai** Nr. 173  
**Putins Russland und Europäische Sicherheit** Nr. 172